

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
A. Polizeibeamte im Fokus allgegenwärtiger Kameras	1
B. Gang der Untersuchung.....	5
<i>1. Kapitel</i>	
Rechtliche Schranken der Veröffentlichung von	
Bildaufnahmen von Polizeibeamten nach dem KunstUrhG	
unter Berücksichtigung der DS-GVO	
7	
A. Normative Ausgangslage	7
B. Rechtliche Einordnung von Bildaufnahmen von Polizeibeamten aus der Perspektive der DS-GVO	10
I. Abgrenzung zur Datenschutz-Richtlinie für Polizei und Justiz.....	11
II. Zum Anwendungsbereich der DS-GVO.....	12
1. Einbeziehung von Polizeibeamten in den Regelungsbereich der DS-GVO?.....	12
2. Veröffentlichung von Polizeieinsätzen als Datenverarbeitung.....	14
III. Ausnahmen von den Vorgaben der DS-GVO.....	15
1. Journalistische Zwecke nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO	15
2. Nichtjournalistische Zwecke.....	18
a) Haushaltsausnahme.....	18
b) Der Streit um die systematische Einordnung von Art. 85 Abs. 1 DS-GVO.....	19
IV. Zwischenergebnis.....	20
C. Der Verbotstatbestand des § 22 KunstUrhG.....	20
I. Bildnisbegriff	21
II. Nur Verbreitung und Zurschaustellung erfasst	25
1. Verbreiten nach § 22 KunstUrhG	25
2. Öffentliches zur Schau stellen nach § 22 KunstUrhG	26
3. Kein bloßes Herstellen von Aufnahmen	27

D. Grenzen des Schutzes vor der Verbreitung von Aufnahmen von Polizeibeamten	29
I. Das Nichtvorliegen einer Einwilligung	29
II. Die Veröffentlichungsbefugnis nach § 23 Abs. 1 KunstUrhG	31
1. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte, § 23 Abs. 1 Nr. 1 KunstUrhG	31
a) Das frühere Modell: Polizeibeamte als „Personen der Zeitgeschichte“.....	32
b) Das abgestufte Schutzkonzept	34
c) Der Polizeieinsatz als zeitgeschichtliches Ereignis	36
aa) Kein zeitgeschichtliches Ereignis bei Routineeinsätzen	37
bb) Unzulässige Portraitaufnahmen	41
2. Versammlungen, Aufzüge und ähnliche Vorgänge, § 23 Abs. 1 Nr. 3 KunstUrhG	42
a) Polizeibeamte als Teilnehmer einer Versammlung	42
b) Die Abbildung geschlossener Polizeieinheiten als „ähnlicher Vorgang“	44
III. Der Bildveröffentlichung entgegenstehende berechtigte Interessen der Polizeibeamten, § 23 Abs. 2 KunstUrhG	46
1. Bildaufnahmen von Zivilkräften.....	47
a) Ausschluss öffentlich-rechtlicher Belange der Polizeibehörden	48
b) Die privaten Interessen der abgebildeten Polizeibeamten	49
2. Prangerwirkung bei der Veröffentlichung vermeintlich pflichtwidriger Polizeieinsätze im Internet.....	50
E. Zwischenergebnis.....	52

2. Kapitel

Polizeiliches Einschreiten anknüpfend an die Gefahr der Bildveröffentlichung

- A. Die allgemeinen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen präventivpolizeilichen Handelns auf der Tatbestandsebene 55
- B. Bildaufnahmen als Gefahr für die öffentliche Sicherheit 56
- C. Die einzelnen Elemente der polizeilichen Gefahrenprognose 57

D. Zur Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Presseangehörigen und Privatpersonen.....	59
---	----

3. Kapitel

Polizeiliche Maßnahmen gegenüber Presseangehörigen 61

A. Die Bildberichterstattung über Polizeieinsätze.....	62
I. Historische Betrachtung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Presse.....	62
II. Die frühere Rechtsprechung – ein kurzer Abriss.....	62
III. Die Zulässigkeit der Bildberichterstattung	63
1. Die Funktion der Presse – zwischen Informationsauftrag und Kontrollinstanz der Polizei	63
2. Grundrechtlicher Schutz der Presse nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG	65
3. Eingriffe in die Pressefreiheit	66
B. Materielle Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen.....	67
I. Die Anwendbarkeit des allgemeinen Polizeirechts	67
1. Die Polizeifestigkeit der Presse	67
2. Die Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts.....	69
II. Möglichkeiten gefahrenabwehrrechtlichen Einschreitens	70
1. Das Anfertigen von Bildern eines Polizeieinsatzes durch Presseangehörige als konkrete Gefahr?	70
a) Das Presseprivileg: Die Vermutung der Rechtstreue	71
aa) Grundlagen.....	72
(1) Die rechtlichen Konsequenzen von Verstößen gegen das KunstUrhG.....	72
(2) Drohende Nachteile für die weitere Zusammenarbeit mit der Polizei	73
(3) Der redaktionelle Filter bei der Prüfung des Bildmaterials.....	74
(4) Zwischenfazit.....	74
bb) Die Regelvermutung bei Journalisten des linken oder rechten Spektrums.....	74
cc) Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Presse	76
(1) Presseagentur-Fotografen	77

(2) Berichterstattungen auf Online-Blogs	78
(3) Leserreporter	79
(4) Livestreaming von Polizeieinsätzen	81
dd) Feststellung der Pressezugehörigkeit von Fotografen	82
(1) Bedeutung des Presseausweises	83
(2) Presse-(ohne)Ausweis?	85
b) Die Vermutung der Rechtstreue als Ausgangspunkt für die polizeiliche Gefahrenprognose	86
c) Anknüpfungspunkte für die Begründung der Gefahr	87
aa) Rechtsuntreues Vorverhalten von Journalisten	88
bb) Das Verhalten von Pressefotografen und der Redaktion.....	89
2. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	92
a) Bemessung der Eingriffsintensität anhand des Stufenmodells.....	93
aa) Eingriffe auf der ersten Stufe.....	93
bb) Eingriffe auf der zweiten Stufe	94
b) Der konsensuale Weg als „Mittel erster Wahl“	95
aa) Vergleichende Analyse zum versammlungsrechtlichen Kooperationsgebot	96
bb) Parallelen zu den „Verhaltensgrundsätzen zwischen Presse und Polizei“	97
cc) Kein Verstoß gegen das Zensurverbot aus Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG.....	98
c) Folgemaßnahmen bei einer gescheiterten Verständigung	99
d) Von vornherein bestehende Aussichtslosigkeit einer Einigung ...	101
e) Anwendungsprobleme	103
C. Zwischenfazit und Ausblick.....	105

4. Kapitel
Polizeiliche Maßnahmen gegenüber Privatpersonen **109**

- A. Entwicklung und Ursachen des Fotografierens von Polizeibeamten durch Bürger – von früher bis heute 109
- B. Pressefotografen contra Privatpersonen 111
- C. Grundrechtlicher Schutz von Bürgern beim Anfertigen von Bildaufnahmen von Polizeibeamten 112

I.	Abgrenzung zur Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG	112
II.	Das Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GG	114
III.	Weitere Grundrechte	116
D.	Möglichkeiten gefahrenabwehrrechtlichen Einschreitens	117
I.	Die unklare Sachlage als Ausgangspunkt für die Bewertung der Gefahrenlage	117
II.	Maßnahmen zur Gefahraufklärung	118
1.	Gefahrenverdacht als Eingriffsschwelle	118
2.	Materielle Rechtmäßigkeit ausgewählter Maßnahmen zur Gefahrerforschung	120
a)	Die polizeiliche Befragung	120
b)	Identitätsfeststellung	121
c)	Keine Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei bloßem Gefahrenverdacht	124
d)	Zwischenfazit	124
3.	Die Beweislast der Polizei	125
4.	Vorschlag für eine Ausweitung der Befugnisse zur Identitätsfeststellung bei Gefahrenverdacht.....	126
III.	Anforderungen an die Gefahrenprognose.....	126
1.	Prognoseentscheidung	127
a)	Anforderungen an die hinreichende Wahrscheinlichkeit	127
b)	Anwendungsfälle	128
aa)	Anhaltspunkte für eine Veröffentlichungsabsicht („ob“).....	129
(1)	Keine generelle Verbreitungsvermutung	129
(2)	Äußerungen des Betroffenen	132
(3)	Rechtsuntreues Vorverhalten.....	133
(4)	Politische Aktivisten.....	134
(5)	Ungeeignetheit des Ausschlussprinzips als Begründungsmodell für das Bestehen einer Gefahrenlage....	136
bb)	Die Prognose bezüglich der Art und Weise der Veröffentlichung („wie“).....	137
(1)	Keine Vermutung der Rechtstreue bei Privatpersonen.....	137
(2)	Vermutung der Rechtsuntreue?	140

2.	Zwischenergebnis.....	141
IV.	Materielle Rechtmäßigkeit ausgewählter Maßnahmen.....	142
1.	Untersagung der Anfertigung von Bildaufnahmen.....	142
2.	Identitätsfeststellung	143
3.	Anordnung zur Löschung von Bildaufnahmen.....	144
4.	Sicherstellung.....	145
V.	Zwischenergebnis.....	146

5. Kapitel
**Rechtliche Schranken der Anfertigung von Bildaufnahmen
von Polizeibeamten** 149

A.	Sonderfall: Schutz vor der filmischen Erfassung von Polizeibeamten nach § 201 StGB?.....	150
I.	Der Tatbestand des § 201 StGB.....	151
1.	Schutzgegenstand – das gesprochene Wort von Polizeibeamten	151
2.	Keine nichtöffentlichen Äußerungen bei polizeilichen Anweisungen gegenüber Bürgern.....	152
II.	Zwischenergebnis.....	155
B.	Schutz vor der Anfertigung von Bildaufnahmen nach § 201a StGB.....	156
I.	Der Tatbestand des § 201a StGB	156
1.	Schutzgegenstand – das Bild von Polizeibeamten.....	157
2.	Bildaufnahmen von Polizeibeamten in Wohnungen und anderen geschützten Räumen nach § 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB	157
3.	Bildaufnahmen von Polizeibeamten in hilfloser Lage nach § 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB	158
a)	Der Zustand der Hilflosigkeit	159
b)	Einschränkendes Kriterium des „zur-Schau-stellens“	160
4.	Schutz des Ansehens von Polizeibeamten nach § 201a Abs. 2 StGB.....	161
a)	Die Eignung eines Bildes zur Ansehenschädigung.....	162
b)	Keine Einbeziehung von Bagatelfällen	163
c)	Ansehensverlust von Polizeibeamten durch Videos vermeintlicher Polizeigewalt?.....	164
d)	Zugänglichmachen einer Bildaufnahme gegenüber Dritten	165

II.	Zwischenergebnis.....	166
C.	Schutz vor der Anfertigung von Bildaufnahmen nach der DS-GVO	166
I.	Anwendungsbereich der DS-GVO	168
1.	Medienprivileg nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO	168
2.	Haushaltsausnahme nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DS-GVO	170
II.	Rechtfertigung der Bildanfertigung nach Art. 6 DS-GVO	172
1.	Das berechtigte Interesse von Bürgern an der bildlichen Fixierung von Polizeibeamten nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO	172
a)	Recht auf „Waffengleichheit“ beim gegenseitigen Filmen von Polizei und Bürgern?.....	174
b)	Die vorbeugende Überwachung der polizeilichen Tätigkeit – Filmen mittels Smartphone als Big Brother	175
c)	Bildaufnahmen zu Beweiszwecken	176
2.	Die Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO.....	178
3.	Zwischenergebnis.....	179
D.	Schutz nach dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	179
I.	Der Schutz gegen die Anfertigung von Bildaufnahmen.....	180
II.	Die Rechtswidrigkeit der Bildaufnahme.....	183

6. Kapitel
Polizeiliches Einschreiten anknüpfend an die Gefahr der Bildanfertigung 185

A.	Polizeiliche Maßnahmen auf Grundlage der DS-GVO	185
I.	Die konkrete Gefahr eines Verstoßes gegen die DS-GVO.....	186
II.	Materielle Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen.....	188
B.	Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz privater Rechte	188
I.	Die Subsidiaritätsklausel.....	189
1.	Anwendbarkeit	190
2.	Bestehen des privaten Rechts.....	191
3.	Unmöglichkeit rechtzeitigen gerichtlichen Schutzes.....	192
4.	Drohender Rechtsverlust.....	192
5.	Zwischenergebnis.....	193

II.	Materielle Rechtmäßigkeit vorläufiger polizeiliche Maßnahmen	193
1.	Identitätsfeststellung	194
2.	Sicherstellung	195
3.	Vernichtung von Bildaufnahmen	197
4.	Anordnung zur Löschung von Bildaufnahmen.....	198
C.	Ausschluss fotografierter Polizeibeamter von einem Einschreiten wegen Befangenheit?	198
Zusammenfassung.....		203
Literaturverzeichnis		211